

## Linke Bellizisten und linke Friedensfreunde (1)

### Putinismus und wehrhaftes Europa

‚Wir‘ haben uns nur allzu gerne Illusionen über Putins prinzipielle Friedfertigkeit hingegeben und den Putinverstehern von Gabriele Krone-Schmalz bis Wagenknecht glauben wollen. Nach dem Angriff auf die Ukraine müssten ‚wir‘ nun einsehen, dass diese sich in Putin getäuscht hätten, schreibt [Albrecht von der Lucke](#) sinngemäß. In Wirklichkeit sei Russlands Wirtschaft immer noch unentwickelt, das Land sei vollkommen abhängig von Rohstoffexporten, eine positive Ausstrahlung für die Welt könne von Russland nicht ausgehen. Putins „Währung“ sei deswegen militärische Gewalt, wie sich in Tschetschenien, Syrien und jetzt auch der Ukraine gezeigt hätte; denn die Alternative dazu - Freiheit und Wohlstand - seien die eigentliche Bedrohung für seine Diktatur. Die Bürger des Westens müssten für die Schäden aufkommen und überall den Wiederaufbau bezahlen. Wäre Putin mit seinen Blitzkriegsplänen nicht am heldenhaften Widerstand der Ukrainer gescheitert, wäre er schon jetzt direkt nach Westen weitermarschiert. Ein wehrhaftes Europa sei deswegen das dringende Gebot der Stunde.

### Die totalitäre Gefahr

Die Ukraine verteidige nicht nur sich selbst sondern auch den Westen angesichts eines immer stärker werdenden, von Russland und China dominierten autoritären Ostblocks. „Die autokratische, ja totalitäre Gefahr“ bleibe „eine der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“. Als Redakteur der ‚Blätter für deutsche und internationale Politik‘, arbeitet von der Lucke für eine Zeitschrift, die allgemein als links gilt. Totalitarismus- statt Imperialismus-Kritik mag als linke Position überraschen, ist aber nicht neu. Schon im Vietnam-Krieg war die linke Gegnerschaft zum Krieg nicht so einhellig wie wir heute denken. Wegen stalinistischer Tendenzen wurde Ho Chi Minh von manchen Linken, wenn überhaupt, nur halbherzig unterstützt. Ähnliche Kritik gilt heute den Regierungen Chinas, Venezuelas, Nicaraguas oder Kubas. Erst recht betrifft sie aber so unterschiedliche nicht-sozialistische Staaten wie Syrien, Iran oder Russland. Diese stehen, ebenso wie die sich als sozialistisch bezeichnenden Regierungen, im Kreuzfeuer des Westens; da sie aber allesamt als autoritär gelten, stehen ihnen auch viele linke Gruppen kritisch gegenüber und begrüßen bisweilen sogar ausdrücklich die *Regime Change* Versuche von außen. Dass das sogar manche Sozialisten und Kommunisten in einem von Sanktionen und militärischen Eingriffen betroffenen Land selbst so sehen, ist zu verstehen, ist es doch nicht ausgeschlossen, dass sie starken Repressionen, bis hin zu Folter und Bedrohung ihres Lebens, ausgesetzt sind. Freiheit ist demnach wichtiger als staatliche Souveränität und Stabilität. Ob das die Mehrheit der betroffenen Bevölkerungen auch so sieht? Der kommunistische Putin-Kritiker Nicolaj Platoschkin jedenfalls nicht. Er erhielt in Russland Hausarrest und eine Bewährungsstrafe, die ihn daran hindert, weiterhin ein politisches Amt zu bekleiden. Dennoch [unterstützt Platoschkin ‚Putins Krieg‘](#).<sup>1</sup> Darauf komme ich im zweiten Teil noch zurück.

---

1 Und seine Partei war es, die in der Duma die Anerkennung der selbsternannten Republiken Donesk und Lugansk beantragte, die dem russischen Einmarsch voranging.

## Nato goes global

Von der Lucke sieht die Ukrainer in direkter Tradition zu den Ungarn und Tschechen, die sich den sowjetischen Panzern entgegen stellten. Von dieser Position aus ist es nicht weit bis zum liberalen Interventionismus, nach dem autokratische Staaten grundsätzlich als Unterdrückerstaaten, die die Menschenrechte verletzen, definiert sind, und es zur Sicherung des Weltfriedens „unsere“ Pflicht ist, überall auf der Welt liberale Demokratien nach westlichem Muster zu etablieren, die in ein internationales Organisationsgefüge eingebunden sind. Das entspricht genau der neuen Nato-Doktrin, nach der ihr Auftrag bis auf den pazifischen Raum ausgeweitet und die Organisation nicht nur als Verteidigungs- sondern auch als ideologisches Bündnis betrachtet wird: *Nato goes global*. Und es entspricht dem Ruf nach dem wohlwollenden Hegemon USA, den der Politologe [Robert Kagan](#), Mitglied des US-amerikanischen *Council of Foreign Relations*, im vergangenen Jahr in den ‚Blättern‘ beschwor. Es wäre interessant zu wissen, ob von der Lucke diese Verbindung hergestellt. Fest steht für ihn, dass ‚wir‘ uns nicht darauf verlassen können, dass die USA ihre Rolle als Weltpolizist immer spielen werden. Eindrückliche Gegen-Beispiele seien G.W. Buschs illegaler Irak-Krieg und Donald Trump, der vielleicht ab 2024 wieder US-Präsident sein wird. Die Europäer sollten also lieber selbst wehrhaft werden und, anstatt verschwenderische Milliarden für nationale Landesverteidigung auszugeben, eine starke gemeinsame Verteidigung aufbauen. Unklar bleibt in dem Artikel, ob Lucke diese in die *Nato-goes-global-Strategie* eingebettet oder auf die territoriale Verteidigung Europas beschränkt sehen möchte. Wehrhaftigkeit mit oder ohne Emanzipation von den USA? Eine klare Abgrenzung erfolgt nicht. Wenn es jedoch zur Unterstützung des ukrainischen Rechts auf Selbstverteidigung gerechtfertigt ist, Waffen dort hin zu liefern, und gleichzeitig gesagt wird, die Ukraine verteidige den Westen gegen Russland, und wenn Russland mit China für die weltweite große autokratische Gefahr steht, wo ist die Grenze? In der Ukraine? Im Nahen Osten? In Afrika? Im Südpazifik?

## Gefährliches Spiel mit dem Feuer

Schon die Waffenlieferungen in die Ukraine sind gefährlich, das Projekt des Aufbaus eines wehrhaften Europas hätte jedoch noch weitreichendere, gravierende Folgen, die man meines Erachtens nicht leichtfertig in Kauf nehmen sollte:

- Da ja die Ukraine nicht nur Waffen anfordert, sondern, unterstützt vom Westen, auch Kämpfer aus der ganzen Welt einlädt, besteht die große Gefahr, dass die massenhaft angelieferten, in normalen PKWs transportierbaren Waffen in terroristische Hände gelangen, überall in Europa verbreitet, und irgendwann dann nicht nur russische Kampfflugzeuge über der Ukraine sondern auch Passagierflugzeuge über Deutschland abgeschossen werden. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt [völlig unklar](#), inwiefern die ukrainische Regierung die Kontrolle über die gelieferten Waffen sicherstellen kann.
- Selbst wenn die massive deutsche Aufrüstung in ein europäisches Sicherheitskonzept eingebettet würde, und zurzeit gerade Einigkeit in den Nato-Staaten zu herrschen scheint, wird diese nicht von Dauer sein. Dann werden wieder große Ängste vor einem auch militärisch starken Deutschland erwachen.
- Die gesellschaftlichen Folgen werden immens sein. Ressourcen, die für den sozial-ökologischen Transformationsprozess gebraucht werden, fließen ins Militär.

- Ein breiter demokratischer Entscheidungsprozess für eine solche Wende findet nicht statt. Die Entscheider\*innen scheinen auf den emotionalen Schock des Krieges zu vertrauen (und treffen selbst ihre politischen Beschlüsse unter Schock?), der die Mehrheit der Deutschen opferbereit ‚für die Freiheit‘ macht. Sollte jedoch der *Blowback* der Sanktionen gegen Russland unsere Wirtschaft und unseren Lebensstandard dauerhaft und spürbar beeinträchtigen, wird sich die Stimmung im Land ändern.
- Wäre es im Sinne „europäischer Selbstbehauptung“ nicht mindestens genauso wichtig, sich gegen US-amerikanische Interessen zu behaupten, und z.B. weiterhin günstiges Erdgas aus Russland statt teures LNG-Gas aus den USA zu beziehen? ‚Putin‘ war es nicht, der die Beziehungen abgebrochen hat.

Mit Recht merken die Autor\*innen<sup>2</sup> des [Appells](#) „Demokratie und Sozialstaat bewahren - keine Hochrüstung ins Grundgesetz“ an, dass die geplante Aufrüstung eine 180-Grad-Wende der deutschen Außenpolitik „mit entsprechend dramatischen Folgen auch für die Innenpolitik – für den Sozialstaat, für Liberalität und Mitmenschlichkeit“ darstellen würde, und – „ganz ohne breite gesellschaftliche Debatte, ohne parlamentarische, ja sogar ganz ohne innerparteiliche Debatte“ beschlossen „ein demokratiepolitischer Skandal“ wäre. Nicht Hochrüstung, sondern Sicherheit und soziale Gerechtigkeit seien der Auftrag des Grundgesetzes. Bei gleichzeitigem Festhalten an der „Schuldenbremse“ entstünde die Gefahr massiver Kürzungen im sozialen, im kulturellen, und im öffentlichen Bereich.

### **Erst-, Zweit- und Drittmeinungen?**

Alles spricht gesellschaftspolitisch also für den Verzicht auf weitere Aufrüstung. Könnte es aber nicht die Situation geben, in der man sich trotzdem mit allen Mitteln verteidigen muss, wie von der Lucke argumentiert? Und damit steht er ja nicht allein. Wolfgang Thierse z.B. denkt genauso<sup>3</sup>.

Solch wichtige Entscheidungen müssen auf der Basis einer umfassenden Bedrohungsanalyse getroffen werden. Nur jahrelange Beobachter der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Situation in Russland können die liefern. Liegt unserer Regierung so etwas vor? Oder Herrn von der Lucke, der vom Schreibtisch aus gefährliche Forderungen aufstellt? Wird das Thema in den Medien und in der Zivilgesellschaft breit diskutiert?

- Wie genau bedrohen die autokratischen Regimes dieser Welt ‚unsere‘ Demokratie? Folgt aus dem russischen Angriff auf die Ukraine tatsächlich, dass der kollektive Westen in seiner Existenz bedroht ist?
- Wie groß ist die russische Gefahr wirklich, wenn schon der geplante Blitzkrieg gegen die Ukraine ein Desaster war, Putin belogen wurde, seine Truppen desillusioniert sind?
- Sollte aber die Ukraine diesen Krieg verlieren, stünde dann Putin tatsächlich auch eine Armee zur Verfügung, die ganz Europa dauerhaft besetzen könnte? Und das bei fast um das zwanzigfache [niedrigeren Rüstungsausgaben](#) als die der Nato?
- Wenn Russland tatsächlich wirtschaftlich so schwach ist, wie von der Lucke postuliert, wo soll dann die industrielle Basis für einen solchen großen Krieg herkommen?

<sup>2</sup> Jan Dieren (SPD MdB), Ingar Szolty (Rosa-Luxemburg-Stiftung), Andrea Ypsilanti (SPD, Institut solidarische Moderne), Klaus Dörre (Soziologe) und Julia Schramm Bundesvorstand Die Linke)

<sup>3</sup> Artikel in der FAZ vom 2. April 2022

- Sollte es aber anders sein, und auch dafür mehrer sich die Anzeichen, nämlich dass es dem Westen an [Waffen- und Munitionsnachschub fehlt](#), während der russische reibungslos läuft, welche Interesse hätte ‚Putin‘ denn daran, ganz Europa zu besetzen? Viele Analysten im Westen interpretieren seine Aussagen dahin gehend, dass, ähnlich wie Erdogan von einem groß-ottomanischen, Putin von einem groß-russisches Reich träume. Wenn das stimmt, welchen Sinn hätte die Besetzung anti-russisch gesonnener Gebiete?
- Ist konventionelle Aufrüstung die richtige Antwort auf die Bedrohung unserer Städte durch russische Langstreckenraketen?

Was für das persönliche Leben gilt, nämlich keine grundlegenden Lebensentscheidungen in Zeiten emotionalen Aufruhrs zu treffen, sollte erst recht für Entscheidungen gelten, die ganze Nationen betreffen. Vor schwerwiegenden medizinischen Eingriffen wird generell das Einholen von Zweit- und Drittmeinungen empfohlen. Experten zum Thema Ukraine-Konflikt, die anders als der Mainstream denken, gibt es, nicht nur in der Person Gabriele Krone-Schmalz, die als profunde Russland-Kennerin gelten kann; zu nennen wären da z.B. [Scott Ritter](#), [Jacques Baud](#), [Douglas MacGregor](#) und [Larry Johnson](#). In den öffentlichen Medien kommen sie kaum zu Wort, teilweise wird ihre Öffentlichkeitswirksamkeit aktiv gebremst, so wurde z.B. das Twitter-Konto des ehemaligen UN-Waffeninspektors Scott Ritter gesperrt. Es steht also zu befürchten, dass diese Stimmen auch von den Regierungen des Westens nicht angehört werden.

### **Für die Krim in den Dritten Weltkrieg?**

Noch vor Kriegsbeginn musste der deutsche Marine-General Schönbach zurücktreten, weil er dafür plädierte, den Verlust der Krim zu akzeptieren, und Putin den Respekt zu zollen, den er sehr wahrscheinlich verdiene. Eine solche Äußerung ist in der westlichen Öffentlichkeit völlig untragbar. Denn damit akzeptiere man das Unrecht der völkerrechtswidrige Annektion eines Teils eines souveränen Landes. Aber was wäre die Alternative? Russland wird sich die Krim nicht nehmen lassen: Möchte die Nato die Ukraine wirklich dabei unterstützen, die Krim zurückzuerobern und damit einen 3. Weltkrieg riskieren? Wohl kaum. Das ist die Realität. Dass der Arzt, der die Diagnose stellt, nicht die Schuld an der tödlichen Erkrankung trägt, sondern dass man sich dieser Realität stellen muss, ist jedoch etwas, was weder von der Lucke, noch die Autoren des ‚Appells‘, noch der kollektive Westen akzeptieren können oder wollen. Mehr dazu in Teil 2.